Der Gestaltungsspielraum wird kleiner

Vöhler Gemeindeparlament verabschiedet Haushaltssatzung bei sechs Gegenstimmen

VON STEFANIE RÖSNER

Vöhl – Ein ausgeglichener Haushalt, aber hohe Investitionen, hohe Neuverschuldung und wenig Spielraum für die Zukunft. So lässt sich die aktuelle Finanzlage der Nationalparkgemeinde Vöhl zusammenfassen. Über den Etat für 2024 sowie das Investitionsprogramm bis 2027 haben die Gemeindevertreter in ihrer Sitzung am Montagabend in Dorffitter beraten.

Die Abgeordneten haben mehrheitlich für die Haushaltssatzung gestimmt – bei sechs Gegenstimmen aus der CDU-Fraktion.

Bürgermeister Karsten Kalhöfer hatte das Zahlenwerk im Dezember vorgestellt. Bei der zweiten Lesung am Montag konnte er krankheitsbedingt nicht dabei sein, wie der Parlamentsvorsteher Bernd Backhaus berichtete. Der Beigeordnete Heinrich Heide vertrat ihn.

Das Parlament einigte sich geschlossen darauf, dass jede Fraktion eine Redezeit von elf Minuten hatte. Diese Vorgabe wurde strikt eingehalten.

Volker König als Fraktionsvorsitzender der SPD begann mit seiner Stellungnahme zur Haushaltssatzung. Diese setze nun deutliche Zeichen, um einem „erheblichen Investitionsstau und Werteverzehr“ entgegenzuwirken. Bei einer Rekordsumme von 7,4 Millionen Euro für Investitionen seien zwei Millionen an Zuwendungen zu erwarten. Neben den Rekordinvestitio-

Haushaltsplan 2024 der Gemeinde Vöhl

Investitionen 2024 (in Mio. Euro)

7,332

2023

6,005

Rücklagen 2024 (in Mio. Euro)

2,419

2023

2,353

Schuldenstand 31.12.2024 (in Mio. Euro)

7,312

31.12. 2023

2,349

Pro-Kopf-Verschuldung 31. 12. 2024: 1314,64 €

Pro-Kopf-Verschuldung 31. 12. 2023: 422,33 €

*Bevölkerung: 5562 Einwohner (Stand 30.6.2023)

Investitionen (in Mio. Euro)

Abwasserbeseitigung	1,764
Wasserversorgung	1,459
Straßen und Brücken	1,382
Renaturierung Gewässer	0,760
Feuerwehren	0,691
Bauhof	0,433
Kindergärten	0,195
Tourismus	0,169
Straßenbeleuchtung	0,153
Sonstiges	0,412

nen seien Verpflichtungsermächtigungen von mehr als zehn Millionen Euro vorgesehen. „Der größte Brocken ist hier der Neubau der Kläranlage in Asel mit 7,3 Mio. Euro, der uns bis 2026 begleiten wird und der im Nachgang abzüglich möglicher Förderungen durch die Abwasserbeiträge von uns Bürgern zurückgezahlt werden muss.“

König lobte unter anderem die Investitionen in den Bereich der Feuerwehren, die beispielsweise beim Hochwassereinsatz im Dezember selbstlos und professionell gehandelt hätten.

Hans-Joachim Dohl von den Freien Wählern erwähnte die Neuverschuldung, die sich mehr als verdoppeln werde. Er regte an, eine Bür-

gersammlung abzuhalten, um über den Neubau der Kläranlage in Asel zu informieren. Der Neubau des Hochbehälters in Buchenberg sei notwendig, um die Trinkwasserversorgung und den Brandschutz sicherzustellen. „Im Rathaus und im Bauhof tut sich viel“, sagte er mit Blick auf Anschaffungen bei Maschinen und für die Di-

gitalisierung. Hier seien die geplanten rund 500 000 Euro gut investiert. Eine Renaturierung der Bäche Lorfe, Aselbach und Lengel sei ebenso sinnvoll, vor allem hinsichtlich eines besseren Hochwasserschutzes. „Die Behörden müssen es zügig umsetzen“, mahnte Dohl.

Beim Thema Straßenerneuerung sieht er die Kommune vom Land Hessen aufgrund von „schwammiger Regeln“ und fehlendem Geld im Stich gelassen. Auch in Sachen Kinderbetreuung sieht er das Land in der Pflicht. „Wir bleiben auf den hohen Kosten sitzen.“

CDU: Kritik an Neuverschuldung

Gertmann Sude als Fraktionsvorsitzender der CDU hatte einige Aspekte des Haushaltsentwurfs zu kritisieren, trotzdem würde seine Fraktion keinen Änderungsantrag stellen. Sude monierte, dass keine Rückstellungen eingepplant seien für anhängige Gerichtsverfahren. Zudem beklagte er: „Der TSV Vöhl wünscht sich eine Modernisierung des Sportgeländes. Dafür sind keine Mittel vorgesehen.“ Hinsichtlich der Neuverschuldung (knapp 5 Mio.) fragte Gertmann Sude: „Ist die hohe Summe vertretbar angesichts vieler Haushaltsrisiken?“

Gerhard Henkel von den Grünen hob hervor, dass Vöhl mit den geplanten

Windkraftanlagen und PV-Anlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden einen großen Beitrag für den Klimaschutz leiste. Er erwähnte jedoch auch, dass „wir von unserem Wohlstand abgeben müssen“ aufgrund der vielen Krisen in der Welt. „Das ist nicht gleich ein Verlust der Lebensqualität“, sagte er. Zwischenmenschliche Kontakte hätten stattdessen eine wichtige Funktion. Daher sei die im Haushalt vorgesehene Vereinsförderung das richtige Signal.

Für die Straßen seien im Haushalt 1,5 Millionen Euro angesetzt. Weitere Brücken müssten in Zukunft saniert werden. Aufgrund der hohen Kosten müsse sich die Gemeinde dafür starkmachen, Förderungen zu bekommen.

Karl-Friedrich Wilke von der FDP wies ebenso wie seine Vorredner darauf hin, dass die Gemeinde wenige Einnahmen hat und dass auch künftig aufgrund der kleiner werdenden Bevölkerung mit weniger Steuereinnahmen zu rechnen sei. Bei allen Investitionen solle man „stets darauf achten, die maximale Förderung zu erhalten“. Aufgrund von gestiegenen Personalkosten könne die Gemeinde künftig kein weiteres Personal einstellen.

Das Thema Ökogemeinde solle weiterhin verfolgt werden, und es sollten weitere Wohnmobilstellplätze entstehen. Wilke: „Der Bedarf ist noch nicht gedeckt.“

» ARTIKEL UNTEN

Für Gemeinden werben

Heinrich Heide aus dem Gemeindevorstand sprach im Anschluss an die Haushaltsdebatte von einer „Arbeitsgrundlage für das kommende Jahr“, die durch gute Zusammenarbeit und nach einer guten Diskussion in der Verwaltung, dem Gemeindevorstand und den Ausschüssen entstanden sei. Dafür dankte er allen Beteiligten im Namen des Bürgermeisters.

Heide kritisierte, dass die Kommunen in der Regel „die letzten in der Reihe“ seien,

die von den Steuern etwas abbekämen. Zuerst bedienten sich Bund und Land, und insbesondere kleinere Kommunen hätten finanziell zu kämpfen. „Wir müssen gemeinsam dafür werben, dass wir als ländliche Gemeinden nicht zu kurz kommen.“

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2023 bis 2027 sowie die Haushaltssatzung 2024 wurden schließlich bei je sechs Gegenstimmen und 17 Ja-Stimmen verabschiedet.

Solidarisierung mit bundesweiten Protesten

Persönliche Erklärung im Parlament

Vöhl – In einer persönlichen Erklärung hat Volker König, Mitglied der Gemeindevertretung Vöhl, ein Bekenntnis abgegeben zur demokratischen Grundordnung und Solidarisierung mit den bundesweiten Protesten gegen Rassis-

geplante Unterwanderung und das aktive Deformieren unserer demokratischen Institutionen werde ich als Angriff auf unsere Demokratie“, sagte Volker König (SPD). „Ich verurteile jegliche Art von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.“ Die Nationalparkgemeinde Vöhl sei eine offene, vielfältige und bunte Gemeinde. Er rufe alle Bürgerinnen und Bürger auf, an den demokratischen Prozessen teilzuhaben, „ob in den Vereinen oder Ortsbeirats- und Gemeindevertreter-sitzungen. „Machen Sie mit und bringen Sie sich ein, nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr. Unsere Demokratie braucht uns alle.“

Die persönliche Erklärung wurde unterstützt von der SPD, der BI Grüne Liste und der FDP Vöhl.

Volker König
SPD-Fraktionsvorsitzender

mus und Fremdenfeindlichkeit. Diese brachte er in der Sitzung des Gemeindeparlaments am Montag in Dorffitter vor.

„Die aktuellen Entwicklungen und veröffentlichten Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen sowie die

LÄUFT
BEI DIR
DANN ZAHLEN WIR!

Hit Radio
FFH